

»Der universelle Maßstab der Befreiung«

Interview mit der Gruppe Theorie Organisation Praxis (TOP) Berlin über das Verhältnis materialistischer Gesellschafts- und Islamismuskritik.

Die Gruppe TOP gründete sich vor rund 2 Jahren als Folgeprojekt der aufgelösten Gruppe »Kritik und Praxis« (KP) aus Berlin. Seitdem arbeitet und veröffentlicht TOP regelmäßig zu den Themen Antifaschismus, Kapitalismuskritik und Antisemitismus. In ihrem Versuch Theorie und Praxis zusammenzubringen beteiligt sich TOP über das »Ums Ganze« Bündnis an verschiedenen Aktionen wie z.B. gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm oder wie zu letzt an denen im September stattgefundenen Demonstrationen gegen den »Anti-Islamkongress« von Pro Köln.

In Eurem im August in der Jungle World (JW) erschienen Artikel »Identität als Spielmarke« thematisiert Ihr u.a. die Diskussionen innerhalb verschiedener Linker Gruppen im Hinblick auf die »Antiislamkonferenz« (AI). Als problematisch beschreibt ihr darin das Verhältnis zwischen Kritik an dem Kongress einerseits und einer eigenen Kritik am Islam bzw. Islamismus andererseits. Wie positioniert ihr euch in diesem Rahmen?

Viele Antirassisten sind der Meinung, dass die Diskussion um Islamismus von der um Rassismus entkoppelt werden muss. Dafür spricht, dass man sich ungern von Rassisten den Diskussionsrahmen vorgeben lässt, die Islam immer schon mit Islamismus gleichsetzen. Dagegen spricht unserer Meinung nach, dass Islamismus wie Rassismus reaktionäre Gemeinschaftsideen als Antwort auf einen krisenhaften Kapitalismus propagieren. Gerade wenn man sich die Gemeinsamkeiten ansieht, fallen auch Differenzen auf, die im Zusammenhang des Rassisten-Kongress in Köln entscheidend sind. Z.B. die, dass die Rechten aus der Mehrheitsposition und die Islamisten in Deutschland aus der Minderheitenposition heraus agieren. Damit lässt sich der Islamismus mit der Migrationsituation in Verbindung bringen. Wichtig ist deshalb eine Aufklärung über das Phänomen Islamismus, die AUCH den Zusammenhang von Islamismus und Mehrheitsgesellschaft aufzeigt, und dabei deutlich macht wie viel von der üblichen Islam-Kritik nicht wirklich auf den Gegenstand zielt, sondern mehr der

Selbstversicherung der bürgerlichen Kritiker dient.

Die islamistische Selbstethnisierung und Politisierung muslimischer Migranten (in einer gesellschaftlichen Minderheitenposition) ist eine Strategie ideologischer Selbstermächtigung, deren Motivinventar sich aus einer sehr viel mächtigeren Quelle speist. Eben dem Islamismus als einer realen gesellschaftlichen Macht innerhalb muslimischer Staaten. Die imaginäre Sprecherposition des Islamismus kann in muslimischen Migrantenmilieus die konventionellen ideologischen Dynamiken sozialer Ausgrenzung überspringen und die einer transnationalen, jenseits traditioneller Spannungen homogenisierten islamischen Gemeinschaft annehmen. Als ideologische Selbstermächtigung ist diese Identifikation weit wirkungsvoller, weil die islamistische Imagination eine tatsächliche soziale Macht und Dynamik voraussetzt. Nämlich die einer potentiellen oder tatsächlichen Mehrheitsgesellschaft in den »Herkunftsändern«, bzw. in der »arabischen« oder »islamischen Welt«. Sie sichert den Imaginierenden einen politischen Avantgarde-Standpunkt. Die islamistische Imagination in migrantischen Minderheitsgesellschaften beinhaltet Motive einer pathischen Projektion, die zwar in jede kapitalistische Vergesellschaftungserfahrung passen (weshalb sie hier auch ankommen können), deren ideologische Basis aber derzeit nicht in den westlichen Ländern der Diaspora liegt, sondern in den ökonomisch abgehängten und autokratisch regierten arabischen bzw.

islamischen Staaten. Die pathische Projektion mit ihrem Bezug auf eine panislamische Allgemeinheit realisiert die Erfahrung, dass nationalistische Ideologien im Weltmarkt keine reale Perspektive bieten.

Genau wie in dem JW Artikel drängt sich damit jedoch der Eindruck auf, ihr würdet »die Migranten bzw. Muslime« lediglich als Opfer einer rassistischen Mehrheitsgesellschaft bzw. als vornehmlich durch ihre »Diasporaerfahrung« geprägte Individuen sehen, für die der Rekurs auf Islam oder Kultur eine Form von Selbstschutz bzw. Selbstbehauptung sei? Liegt darin nicht eine Entsubjektivierung des Einzelnen?

Wir wollen uns anschauen, welche Transformationsprozesse der Islam in einer Migrationsgesellschaft durchmacht und welche Bedeutung dies für eine Einschätzung des Islamismus hat. Z.B. fallen die Madrider und Londoner Terroristen beide unter das Phänomen der »wiedergeborenen« Muslime, d.h. es gibt zwar eine familiäre Prägung, aber sie wenden sich vom traditionellen Islam ihrer Eltern ab, indem sie sich auf ein Erweckungserlebnis berufen, das sie in den Terrorismus geführt habe. Interessant scheint uns, dass also hier nicht etwa ein bestimmtes Islam-Verständnis durchgängig prägend ist, sondern dass es zu Transformationen und Konjunkturen kommt, die vor dem Hintergrund einer Migrationserfahrung stattfinden. Dabei soll hier weder gesagt werden, dass diese Transformation automatisch in den Terrorismus führt, denn es gibt eine Vielzahl von anders gelagerten Strömungen. Noch geht es darum, die aktuelle Konjunktur des Islamismus einfach aus sozialen Voraussetzungen abzuleiten. Es geht uns darum, den Faktor Migration in die Phänomenanalyse mit einzubeziehen. Jede Analyse gesellschaftlicher Konflikte ist ein Angriff auf das Subjekt eines »juridischen Existenzialismus« (irgendwie so was scheint ja hinter der Frage zu stecken, denn hier wiederholt der Verweis auf die ‚Eigenverantwortlichkeit‘ des Individuums nur dessen rechtssystematische Stellung im bürgerlichen Staat). Innerhalb einer ideologiekritischen Analyse ist das eine schlecht-abstrakte Position, die den gesellschaftlichen Kontext, in dem sich das Subjekt bewegt, abschneidet. Zur Bekämpfung des Islamismus bedarf es aber nicht eines moralisierenden Existenzialismus, sondern einer radikalen Gesellschaftskritik, die den Zusammenhang ideologischer UND sozialer Grundlagen der islamistischen Ideologien kenntlich macht. Der Gesellschaftskritiker entschuldet also nicht, sondern hat einfach noch mehr Gegner.

Die imaginäre Sprecherposition des Islamisten funktioniert wie die ideologische Selbstermächtigung des Nazis, die er gegen einen übermächtigen und unverstandenen gesellschaftlichen Zusammenhang auffährt, und setzt sie deshalb beide der praktischen Kritik des Gesellschaftskritikers aus. Dabei kann aber in der politischen Aktion in Deutschland nicht von der Stellung des Islamisten im gesamtgesellschaftlichen Kontext abstrahiert werden, um sich nicht mit einer rassistischen Ausgrenzungspolitik gemein zu machen. So ist z.B. für einen Protest gegen den Al-Quds-Tag eine sich anbietende CDU auszuschließen, und der Versuch zu machen, entsprechende iranische Oppositionelle ins Bündnis zu bekommen. Andererseits gilt selbstverständlich auch, dass man zwar gegen den rassistischen Kleinbürgermob in Pankow-Heinersdorf antritt, aber ein Bündnis mit der betroffenen homophoben Ahmadiyya-Gemeinde ablehnt.

An anderer Stelle des Artikels macht Ihr den Begriff des Universalismus stark, zumindest haltet Ihr den Veranstaltern der AI-Konferenz einen kulturalisierten Begriff desselben vor. Sie würden ihn, so schreibt Ihr, in die Tradition eines christlich-jüdischen Abendlandes stellen, um somit den Islam als Fremdes, Gefährdendes außen vor zu halten. Wo seht Ihr die Bezugspunkte materialistischer Kritik zu einem Universalismus, welcher ja eher in der Tradition bürgerlicher Aufklärung zu verorten ist und dadurch im Hier und Jetzt stetig seine eigenen Grenzen offenbart.

Kommunistische Kritik ist universalistisch, weil sie Vergesellschaftungskonflikte als Ausdruck struktureller Antagonismen rekonstruiert, und zwar in der weltgeschichtlichen Perspektive ihrer Überwindung. Und eben nicht als Folge scheinbar vermittlunglos aufeinander prallender Wesenheiten wie »Tradition« oder »Kultur«. Ob die sogenannte Aufklärung nun als Bruch oder als Fortsetzung einer »jüdisch-christlichen Tradition« angesehen wird, entscheidet sich an gegenwärtigen Maßstäben, Zielstellungen und ideologischen Konjunkturen. Bereits die Rede vom »jüdisch-christlichen Abendland« ist ja eine Vereindeutigung, die es ideologiekritisch zu knacken gilt. Ideengeschichtlich ist die Aufklärung natürlich beides, Bruch und Fortsetzung, eben ein Moment der Aufhebung des religiösen Universalismus, der religiösen Konzeption von Transzendenz. Und in der Perspektive materialistischer Kritik interessiert sie auch in dieser doppelten Hinsicht. Die

frühbürgerliche Metapher der »Aufklärung« betont den Bruch, mit Kant den »Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit«. Der unergründliche Gott, der die Geschicke der Welt lenkt, wird als menschliche Projektion enttarnt. Damit machte die Aufklärung auch die Frage nach dem Absoluten und nach der Erlösung zu einem weltlichen Problem kritischer Vernunft. Sie selbst hat diese Frage aber nicht beantwortet. Materialistische Kritik hat das Absolute und den Gehalt möglicher Erlösung als die Fähigkeit der menschlichen Gattung bestimmt, gesellschaftliche Reproduktion nach vernünftigen, solidarischen Zwecken zu entwickeln. Erlösung wird damit zu einer profanen Angelegenheit: Die Naturschranke muß zurückgedrängt werden, und die gesellschaftliche Herrschaft des verselbständigten Kapitalverhältnisses ist als »selbstverschuldete Unmündigkeit« abzuschaffen.

Es ist ideologiekritisch entscheidend, dass Pro Köln wie auch ihre pluralistischen Gegner die Ideengeschichte kulturalisieren. Und damit auch den Begriff des Universalismus. In der aktuellen Diskussion um Islam, Islamismus und »Toleranz« kommt es zu einer kulturalistischen Verschmelzung von universalistischer Religion, Aufklärung und bürgerlicher Verfassungsideologie unter der Chiffre des »Abendlandes« bzw. »Europas«. Das Charakteristische dieses Traditionsentwurfs ist gerade nicht der Anspruch unnachgiebiger Kritik am Maßstab selbstkritischer Vernunft. Ausschlaggebend ist wie meist das Bedürfnis, die unberechenbaren Konjunkturen der Verwertung und der staatlichen Fürsorge durch vermeintlich unangreifbare, weil vorpolitische Garantien zu neutralisieren. Das ist klassische Ideologieproduktion, samt Widerspruchsberichtigung: Angesichts wackeliger Garantien des Staates und unkalkulierbarer Verwertungszwänge fungiert kulturelle Identität als vermeintlich belastbare, weil vorpolitische Anspruchsgrundlage. Ein wesentlicher Aspekt dieser Projektionsarbeit ist die Abspaltung gesellschaftlicher Widerspruchserfahrung, in diesem Fall in der Imagination des Islam/-ismus als dem Anderen der »europäischen Kultur«. Mit dieser Kulturalisierung und Territorialisierung des Universalismus, mit der Installation Europas als Heimstätte der Aufklärung wird der Bruch mit der christlichen Tradition geheilt. Der bürgerliche Rest-Universalismus immunisiert sich gegen seine fadenscheinigen Widersprüche als historisch zufällige und zugleich wesentliche, unumstößliche Bestimmung des abendländischen Menschen. Die Popularität und ideologische Plausibilität dieser

neu aufgelegten Abendlands-Ideologie hat natürlich eine handgreifliche Entsprechung in der ökonomischen Integration Europas. Neben den klassischen Nationalstaaten hat sich die EU in den letzten zehn Jahren zu einem realen Vergesellschaftungszusammenhang entwickelt, der die projektive Selbstethnisierung anzieht und bestätigt. Auch die islamistische Identifikation versucht, den gesellschaftlichen Antagonismus durch eine utopische Regression ins goldene Zeitalter des Propheten auszutreiben. Gerade diesen Aspekt gilt es als Widerspruchsmoment der Moderne und der kapitalistischen Weltmarktintegration zu dechiffrieren, und nicht als ihr anderes.

Also: Ein materialistischer Universalismus beruft sich nicht auf Kultur und Tradition, er kritisiert sie als Ideologeme und Fetischformen. Der Begriff der Fetischform führt auch die Vernunft über ihre eigene historische Befangenheit hinaus, indem er ihre Begriffe ins Verhältnis zu den epochalen Formen gesellschaftlicher Reproduktion setzt. Eine solche historisierende Kritik mündet aber nur dann nicht in bloßem Relativismus, wenn gezeigt werden kann, was an Vernunftansprüchen universal ist, und was als Aspekt ihrer jeweiligen herrschaftlichen Befangenheit überwunden werden muss. Marx hat den wirklichen Universalismus des Kapitals dargestellt: die Tendenz, die ganze Welt den Imperativen der kapitalistischen Konkurrenz, der Wertverwertung als universellem Prinzip zu unterwerfen. Um aber zeigen zu können, was am wirklichen Universalismus des Kapitals, mit seinem Ideal der freien und gleichen Warenbesitzer, zugleich falsch ist, bedurfte es eines Maßstabs der Widerspruchsfreiheit. Dieser Maßstab ist der materialistische Begriff des Absoluten: die Auflösung der gesellschaftlichen Widersprüche in der selbstbewussten Gattung freier Individuen. Marx konnte zeigen, dass bürgerliche Freiheit innerhalb des expansiven Kapitalverhältnisses systematisch in ihr Gegenteil verkehrt wird, und dass Autonomie und Selbstbewußtsein verhindert werden. Kapitalismus, das bedeutet private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, die Menschen zu Mitteln fremder Zwecke degradiert. Und das ist gesellschaftliche Heteronomie als Verselbständigung sozialer Formen ‚über den Köpfen‘ und ‚hinter den Rücken‘ der Menschen. Anders als die bürgerliche Aufklärung unterscheidet materialistische Kritik systematisch zwischen Fremdbestimmung im Zusammenhang gesellschaftlicher Herrschaft, und Fremdbestimmung im Zusammenhang leiblicher Natur und produktiver Naturaneignung. So

entgeht sie der bürgerlichen Ideologie einer Naturalisierung und Kulturalisierung historischer Formen gesellschaftlicher Herrschaft. Eine solche Kritik ist ohne einen universalen Maßstab der Befreiung nicht zu formulieren. Doch das materialistische Bild der Erlösung bleibt negativ, und dadurch libertär: keine Ausbeutung, keine Herrschaft der Verhältnisse über die Menschen. Positiv bestimmt wird lediglich das unvermeidlich Heteronome, die Arbeit als »ewige Naturnotwendigkeit« (Kapital): Produktion und Distribution sind so einzurichten, dass alle möglichst wenig arbeiten müssen.

Wie sähe denn bei Euch die Vermittlung von kommunistischer Kritik und einer Praxis aus, die in der Lage wäre, solch universalistischen Anspruch zu transportieren? Ist denn das Demonstrieren gegen Rechtspopulisten nicht eine ziemlich pragmatische, partikulare Angelegenheit, bei der es gerade nicht »ums Ganze« geht? Andersherum, ist dies nicht ein schlagendes Beispiel dafür, dass sich nicht jeder gesellschaftliche Kampf über sich selbst hinaus treiben lässt? In Bezug auf Israelsolidarität: Ist nicht die Parteinahme für Israel auch insofern partikular, weil sich diese eben nicht aus einem universalistischen Standpunkt »ableiten« lässt?

Die »Parteinahme« für Israels staatliche Existenz ergibt sich nicht aus dem schönen Blick vom Golan oder der Strandpromenade von Tel Aviv, sondern als moralische Position aus einem ideologiekritisch geschulten Universalismus. Der falsche Universalismus des Kapitals produziert immer wieder strukturell antisemitische Projektionen. Wenn man will, dass Jüdinnen und Juden nie wieder im Land ihrer Verfolger festsitzen, weil die übrigen Staaten der Welt ihnen keine Visa ausstellen, dann muss man für die Existenz eines jüdischen Staats Partei ergreifen bis zur Einführung des Kommunismus. Doch eine weitergehende Identifikation mit Israel als Hort des Liberalismus im Nahen Osten etc. pp. ist ideologische Selbstverarschung, bürgerliche Zivilisationsideologie. Israel ist ein kapitalistischer Staat wie unzählige andere, und wie unzählige andere reproduziert sich in ihm Rassismus und Lohnarbeitszwang.

Jetzt zu eurer Frage der Vermittlung von universalistischem Anspruch und konkretem Ereignis in Köln. Der Kommunismus steht als Fluchtpunkt hinter unserer Kritik, mit der wir zu Protesten aufgerufen haben. Diese Kritik zielt nicht nur auf irgendwelche Rechtspopulisten, sondern auf die standortnationalistische Sortierung von Menschen, gegen die

staatliche Ordnung des Kapitalverhältnisses. Aus dieser Perspektive ist ein Bruch mit den bürgerlichen Freunden der Toleranz nötig, der auf der Vorabenddemo bekundet wurde, von der wir mit klammheimlicher Freude berichten können, dass die Scheiben einer Ausländerbehörde zu Bruch gegangen sind. Nur durch diese Verortung können wir hoffen, für eine Kritik Werbung zu machen, der es ums Ganze geht.

Ihr habt selbst mit dem doch recht kitschigen Motto »Paradise Now« zur Gegendemonstration und Blockade des AI-Kongresses mobilisiert. Den von Euch dabei bemühten Zusammenhang einer praktischen Kritik an dem Treffen bürgerlicher Rechtspopulisten mit der Forderung nach Kommunismus finden wir zweifelhaft. Zwar mag die gesellschaftlich erzeugte Ohnmacht zu manch romantischer Überhöhung eigener Positionen treiben. Bei Euch erscheint uns allerdings der inflationäre Gebrauch von so programmatischen Parolen wie z.B. »Für den Kommunismus« zu einem popkulturellem Code zu verkommen, der sich mit ansprechend designer Verpackung als politisches Angebot auf dem Markt behaupten muss und so zur Reklame degradiert wird.

Kommunismus steht für die Perspektive unserer Kritik und nicht als bloßes Wort. Dem Begriff des Kommunismus, den wir vom Müllhaufen der Geschichte runterzerren, kann Werbung am wenigsten noch etwas anhaben und nicht zuletzt deshalb ist eine Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus notwendig für die radikale Linke. Angesichts dessen, dass der Kommunismusbegriff dermaßen gesellschaftlich diskreditiert ist, wirkt das Pochen auf seiner Reinheit, die durch Werbung nicht beschmutzt werden darf, komisch. Der Begriff des Kommunismus als Ziel unserer Kritik, bezeichnet etwas nicht-integrierbares - den Bruch mit der herrschenden Ordnung, womit wir uns der bürgerlichen hegemonialen Vereinnahmung des Antifaschismus zu widersetzen versuchen. Denn Volksfront war nicht die Ausweitung einer kommunistischen Idee aufs Bürgertum sondern eine weitere Assimilation der Sozialisten ans bürgerliche System. Gegen den bürgerlichen Universalismus der Volksfront erhebt der Begriff des Kommunismus Einspruch, indem er eine Unversöhnlichkeit aufzeigt und die hegemoniale Einheit in Lager spaltet und so den Raum für eine politische Auseinandersetzung – um z.B. konkurrierende Analysen schafft. Das Praxisproblem liegt unserer Meinung nach da-



rin, dass man sich verabschieden muss von der Vorstellung, dass der Kommunismus eine bereits existierende, wenn auch nur unbewusste »wirkliche Bewegung« ist. Wenn es also nicht mehr reicht, sich an die Spitze dieser Bewegung zu setzen, müssen andere Wege eingeschlagen werden. Von den Situationisten kann man lernen, dass es darum geht eine Situation zu schaffen, in der der Kommunismus als eine wirkliche Option aufscheint, die in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung ergriffen werden kann. Nicht lernen kann man leider, wie die Situation zu schaffen ist. Der Pragmatismus der kommunistischen Kritik erweist sich derzeit nicht an konkreten Handlungsangeboten, sondern an den richtigen Fragen, und an der – auch praktischen – Kritik falscher Handlungsangebote. Damit die Kritik aber auch praktische Wirkmächtigkeit erlangen kann, muss man für seinen Standpunkt werben und ihm einen Raum schaffen – durch Bündnisarbeit, etc. –, in dem er hörbar wird. Die Kritik hat das Dilemma zu ertragen, dass sie in einem politischen Raum auftritt, den sie noch nicht überschreiten kann und in dem strategische Entscheidungen, wann Bruch und wann Bündnis, von Bedeutung sind. Dieser politische Raum ist bestimmt durch den Staat, der sich um eine Stabilisierung der kapitalistischen Reproduktion bemüht. So müssen Klassenkämpfe ohne revolutionäres Programm sich von vornherein am Zustand und an den Entwicklungserfordernissen der jeweiligen Nationalökonomie relativieren. Diese Vorstrukturiertheit des Politischen nachzuzeichnen ist Aufgabe kommunistischer Kritik und Selbstkritik.

Vor diesem Hintergrund stellen sich auch eine Reihe konkreter, praktischer Probleme. So ist »Feindschaft zum System« als Emblem innerhalb der Antifa durchaus wirkungsmächtig – als subkulturell vermitteltes Attribut. Aber es verbleibt ebenso oft bei einer Haltung. Das humanistische Grundmotiv ebenso wie der psychische Impuls der Verweigerung, der Rebellion, des Ekels sowie ein fortschreitendes Infragestellen sind durchaus zu begrüßen. Bei aller Kontingenz dieser Momente bilden sie eine wichtige Grundlage dafür, dass sich Leute überhaupt für die Linke interessieren. Beim Infragestellen kommen allerdings nicht immer die richtigen Antworten heraus und auch das Fortschreiten selbst vollzieht sich in Grenzen. Hieraus ergeben sich grundlegende Probleme für kommunistische Politik und die Frage ihres Adressaten. Ist »antifa.de« gegebenenfalls viel effektiver, eine

kritische Auseinandersetzung mit Kapitalismus anzuschließen, oder behindert sie eher den Prozess? Bedarf es einer innerlinken Arbeitsteilung auf der Grundlage von »Politisierungsmodellen«? und wie verhält es sich mit der Mehrheit der (Welt-)Bevölkerung, die ja den Kapitalismus abschaffen muss, aber aufgrund der objektiven Zwänge in der Regel weder Zeit noch Müße hat, sich linke Geheimlehren wie die Werttheorie in angemessener Form anzueignen. Da ja, auch der objektive Nutzen für sie äußerst gering ist, denn die Erkenntnis schafft den Gegenstand nicht ab, und eher praktische Fragen für sie Relevanz besitzen, z.B. wie sichern wir die gesellschaftliche Reproduktion, die Bedürfnisbefriedigung, den Ausgleich von Interessen etc. jenseits von Markt und Staat? Die alte Losung »Bücher lesen und Kampfsport« scheint uns für eine vernünftige Einheit von Theorie und Praxis jedenfalls nicht belastbar.

Vielen Dank für das Gespräch.

